

TERMINES

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie (laufende Verfahren)

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Anpassung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser nach § 21 Absatz 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verlängerung der Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen bis 11.04.2021 unter Beibehaltung der Anspruchsvoraussetzungen ▪ Finanzierung aus Liquiditätsreserve (geschätzter Umfang bis zu 1,1 Mrd. Euro monatlich bei 20 % geringerer Belegung im Vergleich zu 2019) 	
26.02.2021	Inkrafttreten
12.02.2021	Referentenentwurf

Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen

- zustimmungspflichtig -

- Epidemische Notlage weiterhin in Kraft. Notwendige Überprüfung durch den Deutschen Bundestag mindestens alle drei Monate
- Gesetzentwurf verlängert die Geltungsdauer der Ermächtigungsgrundlage hinsichtlich des Anspruchs auf Testungen und Impfungen.
- Wiederaufnahme einer Regelung zur Anpassung der ärztlichen Honorarverteilung, keine Erstattung entgangener Extrabudgetärer Leistungen
- Zuschuss an Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung (3 Mrd. Euro) zur Erstattung pandemiebedingter Kosten nach Zustimmung des Bundesfinanzministeriums möglich, wenn gesetzliches Betriebsmittel- und Rücklagesoll der Pflegekassen zu unterschritten werden droht.

vsl. 04. oder 05.03.2021	2./3. Lesung Bundestag
22.02.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
12.02.2021	1. Lesung Bundestag
09.02.2021	Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD
02.02.2021	Formulierungshilfen

Weitere Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren)

Gesetz zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten

- zustimmungsfrei -

- Zusammenführung der klinischen und epidemiologischen Krebsregisterdaten beim Zentrum für Krebsregisterdaten (ZfKD) am RKI
- Veränderte Finanzierungsregelungen für Krankenkassen, Kopplung der Höhe der Krebsregisterfallpauschale an tatsächliche Erfüllung von Förderkriterien

25.06.2021	2. Durchgang Bundesrat
20.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
15.04.2021	1. Lesung Bundestag

26.03.2021	1. Durchgang Bundesrat
10.02.2021	Kabinettsbeschluss
10.12.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege
(Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz – DVPMG)**

- zustimmungsfrei -

- Elektronische Gesundheitskarte (eGK) ab 2023 kein Speichermedium mehr, sondern nur Identifikationsnachweis; Ablösung aller kartenbasierten Anwendungen auf der eGK
- Integration weiterer Anwendungen in die elektronische Patientenakte (DiGA-Daten werden in ePA integriert) sowie Weiterentwicklung e-Rezept (Aufnahme der Rezeptdaten in die ePA, Grenzüberschreitende Nutzung des e-Rezepts)
- Ausbau Versorgung mit DiGA, Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen
- Ausbau der Rolle der gematik: Herstellerzulassung (statt Produktzulassung) für TI-Komponenten, Finanzierung durch die Kassen in Höhe von 1,50 statt 1 Euro pro GKV-Mitglied ab 01.01.2022
- Gesetzliche Anerkennung von Solidargemeinschaften als anderweitige Absicherung im Krankheitsfall

28.05.2021	2. Durchgang Bundesrat
06.05.2021	2./3. Lesung Bundestag
19.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.03.2021	1. Lesung Bundestag
05.03.2021	1. Durchgang Bundesrat
20.01.2021	Kabinettsbeschluss
16.11.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung
(Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG)**

- zustimmungsfrei -

- Verschärfung von Mindestmengenregelungen im Krankenhaus
- Stärkung von Qualitätsverträgen zwischen Kassen und Krankenhäusern, Verpflichtung für Krankenkassen ab 2022 Qualitätsverträge abzuschließen – 0,30 Euro pro Versicherten
- Bereinigung der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung aus dem TSVG
- Folgegutachten Morbi-RSA zu Auslandsversicherten und Krankengeld
- Ersteinschätzungsverfahren für die ambulante Notfallversorgung im Krankenhaus
- Entwicklung Disease-Management-Programm Adipositas
- Ausweitung des Direktanspruchs der Leistungserbringer auf PKV-Notlagentarif

Nach Verkündung	Inkrafttreten
12.04.2021	Anhörung im Gesundheitsausschuss
26.02.2021	1. Lesung Bundestag
12.02.2021	1. Durchgang Bundesrat
16.12.2020	Kabinettsbeschluss
23.10.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Einführung einer Identifikationsnummer in die öffentliche Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze
(Registermodernisierungsgesetz – RegMoG)**

- zustimmungspflichtig -

- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Einführung einer Identifikationsnummer für die öffentliche Verwaltung

05.03.2021	2. Durchgang Bundesrat
28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
19.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
31.07.2020	Referentenentwurf

**Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze
(MTA-Reform-Gesetz)**

- zustimmungspflichtig -

- Modernisierung der Ausbildungen zum Medizinisch-Technischen-Assistenten und Anpassung an EU-Recht, Abschaffung des Schulgelds für MTA
- Rechtssicherheit für Notfallsanitäter in der Berufsausübung

01.01.2023	Inkrafttreten
12.02.2021	2. Durchgang Bundesrat
28.01.2021	2./3. Lesung Bundestag
16.12.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
25.11.2020	1. Lesung Bundestag
06.11.2020	1. Durchgang Bundesrat
23.09.2020	Kabinettsbeschluss
25.08.2020	Verbändeanhörung BMG
31.07.2020	Referentenentwurf

**Verordnung zur Zulässigkeit von Werbemaßnahmen der Krankenkassen
(Krankenkassen-Werbemaßnahmen-Verordnung – KKWerbeV)**

- Verbindliche Vorgaben für Werbemaßnahmen der Krankenkassen – Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden zu großen Teilen in die Verordnung übernommen
- Ausgaben der Krankenkasse für Werbemaßnahmen dürfen im Haushaltsjahr 0,15 Prozent der monatlichen Bezugsgröße (§ 18 Absatz 1 des SGB IV) je Mitglied nicht überschreiten.

Nach Verkündung	Inkrafttreten
02.12.2020	Referentenentwurf

Abgeschlossene Gesetze / Verordnungen – Corona-Pandemie

Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Impfverordnung	
<ul style="list-style-type: none"> Anpassung der Impfverordnung vom 08.02.2021: Personen, die in Kinderbetreuungseinrichtungen, der Kindertagespflege, als Lehrkräfte in Grundschulen, Förder- und Sonderschulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind und die zuvor in der Kategorie 3 der Impfpriorisierung waren, werden in die Kategorie 2 (mit hoher Priorität) aufgenommen. 	
24.02.2021	Inkrafttreten
22.02.2021	Referentenentwurf

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen und zur Änderung anderer Gesetze (Gesetz Digitale Rentenübersicht)	
- zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer digitalen Rentenübersicht als säulenübergreifende Renteninformation Modernisierung und Stärkung der Sozialversicherungswahlen (u. a. Freistellungsanspruch für Ausüben des Ehrenamtes, Urlaubsanspruch von 5 Tagen/Kalenderjahr für Fortbildungsmaßnahmen, Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde) 	
18.02.2021	Inkrafttreten
18.12.2020	2. Durchgang Bundesrat
19.11.2020	2./3. Lesung Bundestag
16.11.2020	Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales
29.10.2020	1. Lesung Bundestag
09.10.2020	1. Durchgang Bundesrat
26.08.2020	Kabinettsbeschluss
29.07.2020	Referentenentwurf

Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzverordnung	
<ul style="list-style-type: none"> Verlängerung der Coronavirus-Schutzverordnung bis einschließlich 10.03.2021 Begrenzung der Ausbreitung neuer Virusvarianten (Mutationen) – daher weiter Beschränkung der Einreise aus „Virusvarianten-Gebieten“ (RKI aktualisiert). Ausnahmen u. a.: Deutsche Staatsangehörige ohne Wohnsitz in Deutschland, enge Familienangehörige, Post- und Frachtverkehrunternehmen, Personen zum Erhalt der öffentlichen Gesundheit 	
Befristet bis 10.03.2021	Außenkrafttreten
17.02.2021	Inkrafttreten
12.02.2021	Referentenentwurf

Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV)	
<ul style="list-style-type: none"> Erweiterung nach der Zulassung des AstraZeneca-Impfstoffs aufgrund der neuen STIKO-Empfehlung – impfstoffspezifische Priorisierungen, da für bestimmte Impfstoffe aktuell Schutzimpfung bei Personen bestimmten Alters empfohlen wird. Relevante Vorerkrankungen führen vermehrt zu Eingruppierung in höchste oder hohe Prioritätengruppen 	
Befristet bis 10.03.2021	Außenkrafttreten
17.02.2021	Inkrafttreten
12.02.2021	Referentenentwurf

- Erweiterung um Öffnungsklausel für Einzelfallentscheidung

08.02.2021	Inkrafttreten
31.01.2021	Referentenentwurf

Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung

- Ausweitung der Anspruchsberechtigten auf FFP2-Masken auf Leistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG-II) oder mit einer solchen Person in einer Bedarfsgemeinschaft Lebende
- Krankenkassen versenden gemeinsames Schreiben des BMAS und BMG (befristet bis 06.03.2021 in Apotheken einlösbar) an Berechtigte

06.02.2021	Inkrafttreten
29.01.2021	Referentenentwurf

SARS-CoV2-Arbeitsschutzverordnung

- Arbeitgeber hat Beschäftigten im Falle von Büroarbeit oder vergleichbaren Tätigkeiten anzubieten, diese Tätigkeiten in deren Wohnung auszuführen, wenn keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen.
- Betriebsbedingte Zusammenkünfte mehrerer Personen sind auf das betriebsnotwendige Minimum zu reduzieren und nach Möglichkeit durch die Verwendung von Informationstechnologie zu ersetzen.
- Strengere betriebliche Arbeitsschutzregelungen für Abstände und Mund-Nasen-Schutz

vorerst befristet bis 15.03.2021	Außenkrafttreten
27.01.2021	Inkrafttreten
18.01.2021	Referentenentwurf

Verordnung zur molekulargenetischen Surveillance des Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Surveillanceverordnung – CorSurV)

- Sequenzierende Labore in Deutschland sollen für die Übermittlung jedes Corona-Genomdatensatzes an das RKI 200 Euro erhalten, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:
- Maximal 5 % der Proben werden eingereicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen nicht mehr als 140.000 Neuinfektionen auftreten (dann bis zu 10 %)
- Bei unter 10.000 Neuinfektionen pro Tag sollen auch 10 % der Proben eingereicht werden
- Abrechnung erfolgt über KV, Zahlungen zuerst durch das BAS, Refinanzierung aus Bundesmitteln

31.07.2021	Außenkrafttreten
19.01.2021	Inkrafttreten
11.01.2021	Referentenentwurf

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Anpassung der Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung der Krankenhäuser nach § 21 Absatz 1a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG)

- Verlängerung der Krankenhaus-Ausgleichszahlungen bis 28.02.2021, Verlängerung der Ermächtigung stationärer Reha-Einrichtungen
- Finanzierung aus Liquiditätsreserve (Geschätzter Umfang bis zu 1,2 Mrd. Euro)
- Erweiterung der Anspruchsvoraussetzungen um Kliniken mit besonderer Expertise im Bereich Lungen- und Herzerkrankungen

befristet bis 28.02.2021	Außenkrafttreten
28.01.2021	Inkrafttreten
18.01.2021	Referentenentwurf

Abgeschlossene weitere Gesetzgebungsverfahren, zum Teil späteres Inkrafttreten

Gesetz zur Anpassung des Medizinproduktberechts an die Verordnung (EU) 2017/745 und die Verordnung (EU) 2017/746

(Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz – MPEUAnpG)

- zustimmungspflichtig - besonders eilbedürftig

- Überwachung von Medizinprodukten künftig auf Bundesebene durch BfArM und PEI
- Errichtung und Betrieb zentrales Medizinprodukteinformations- und Datenbanksystem durch DIMDI
- Einführung neuer Aufsichtsmittel und Schiedsverfahren in der Hilfsmittelversorgung
- Verschiebung des Inkrafttretens der nationalen Regelungen zur EU- Medizinprodukte-Verordnung aus dem Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetz

26.05.2021	Inkrafttreten des Gesetzes
Am Tag nach Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	Inkrafttreten der Regelungen zu Schiedsverfahren im Hilfsmittelbereich
27.03.2020	2. Durchgang Bundesrat
05.03.2020	2./3. Lesung Bundestag
04.03.2020	Abschluss im Gesundheitsausschuss
15.01.2020	Anhörung im Gesundheitsausschuss
20.12.2019	1. Durchgang Bundesrat
19.12.2019	1. Lesung Bundestag
06.11.2019	Kabinettsbeschluss
25.09.2019	Verbändeanhörung BMG
29.08.2019	Referentenentwurf

Gesetz über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten (ATA) und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten (OTA)

- zustimmungspflichtig -

- Bundeseinheitlich geregelte Ausbildung der Anästhesie- und Operationstechnischen Assistentinnen und Assistenten, Vernetzung von theoretischem und praktischem Unterricht mit der praktischen Ausbildung

01.01.2022	Inkrafttreten
29.11.2019	2. Durchgang Bundesrat
07.11.2019	2./3. Lesung Bundestag
21.10.2019	Anhörung im Gesundheitsausschuss

17.10.2019	1. Lesung Bundestag
20.09.2019	1. Durchgang Bundesrat
26.06.2019	Kabinettsbeschluss
16.04.2019	Referentenentwurf